Sonnabend, 30. Juli 1921. | Einzelnummer 5 Mark. | 60. Jahrgang. Nr. 129.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis vom 1. August 1921 an monatlich M.
in der Geschäftsstelle 75.—
in den Ausgabestellen 77.50
durch Zeitungsboten 80.—
durch die Post . . . 80.—

Fernsprecher: 4246, 2273 3110, 3249.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 15.— M. im Reklameteil 40.— M. Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Die deutsche Antwort.

(Wortlaut der Note.)

Die deutsche Regierung ist durch den Schritt des französischen Botschafters vom 16. Juli überrascht worden. Die französische Regierung führt Beschwerde über den angeblich „infolge des Verhaltens der Deutschen immer drohender werdenden Charakter der Lage in Oberschlesien und über die angebliche Gefahr einer gewaltsamen deutschen Aktion". Die deutsche Regierung hält es für unmöglich, daß die erhobenen Vorstellungen hätten erfolgen können, wenn die französische Regierung über die tatsächlichen Verhältnisse in Oberschlesien zutreffend unterrichtet gewesen wäre. „Die sehr bestimmten und eingehenden Berichte des Generals Le Rond sowie die dringenden Mitteilungen der polnischen Regierung", auf die sich die von dem französischen Botschafter übergebene Aufzeichnung beruft, decken sich offenbar nicht mit den tatsächlichen Zuständen im Abstimmungsgebiet.

Die Lage in Oberschlesien ist in keiner Weise durch das Verhalten der deutschen Bevölkerung bedroht. Diese hat sich niemals mit dem Gedanken eines Aufstandes getragen. Als sie sich Anfang Mai zur Verteidigung zusammenschloß, erfolgte dies nur in äußerster Notwehr gegen polnische Angriffe. Die deutsche Bevölkerung denkt überhaupt nicht daran, die Waffe ihres guten Rechts mit der Gewalt zu vertauschen und wünscht nichts sehnlicher, als endlich wieder in Ruhe und Frieden ihrem Berufe ohne Störung durch polnische Gewalttaten nachgehen zu können.

Die französische Aufzeichnung verweist auf angeblich „ungeheuerliche Äußerungen und unmittelbare Herausforderungen des Generals Höfer", welche die Schwere des in Oberschlesien vorbereiteten Angriffs bestätigen sollen. Die deutsche Regierung wäre dankbar, wenn sie hierüber nähere Informationen erhalten könnte. Ihr selbst ist trotz Nachforschungen von derartigen Erklärungen oder Herausforderungen des Generals Höfer nichts bekannt geworden.

Die französische Aufzeichnung spricht weiterhin von deutschen Banden. Sollten mit dem Ausdruck „Bande" die früheren und inzwischen aufgelösten deutschen Selbstschutzformationen gemeint sein, so muß diese für Verteidiger des Heimatbodens entwürdigende Bezeichnung mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Die Aufzeichnung beschwert sich ferner über deutsche Attentate, welche besonders gegen französische Truppen und Beamte gerichtet seien. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

1. Die Ermordung des Majors Montalègre ist nach den hier vorliegenden Nachrichten nicht von deutscher Seite erfolgt. Nichts berechtigt dazu, diese Tat mit dem deutschen Selbstschutz oder mit der deutschen Bevölkerung irgendwie in Verbindung zu bringen.

2. In dem Ratiborer Falle handelt es sich anscheinend um einen französischen Leutnant, der einen Zug deutscher Flüchtlinge vor dem Bahnhof photographierte. Dieser französische Offizier, der während des Aufstandes die Übergabe der Stadt Ratibor an die Polen eifrig betrieben hatte, hat schon seit längerer Zeit die deutsche Bevölkerung durch sein Verhalten stark gereizt. Er wurde an dem fraglichen Tage von der Menge bedrängt, welche die Herausgabe der Platten von ihm forderte. Er zog sich in sein Hotel zurück und bedrohte von dort aus die Flüchtlinge mit Handgranaten. Schließlich gab er die Platten heraus, die dem Kreiskontrolleur übergeben wurden. Mißhandlung des Offiziers habe nicht stattgefunden.

3. Über den Fall des Hauptmanns Lux und des Leutnants Duval liegen nähere Berichte nicht vor. Die deutsche Regierung würde dankbar sein, wenn ihr die zur Nachprüfung der Angelegenheit erforderlichen Unterlagen zugänglich gemacht würden.

4. Der angebliche Bombenwurf in der Nähe des Hospitals stellt sich als die Handlung eines Betrunkenen dar, der nach Schluß der Polizeistunde in ein dem Hospital benachbartes Wirtshaus einzudringen versuchte und von dem Wirt entfernt wurde.

Zu dem Fall der Mißhandlungen des Untersuchungsrichters Schaedelin ist zu bemerken, daß es sich offenbar um einen Racheakt eines unschuldig in Untersuchungshaft genommenen Mannes handelt. Eine Beraubung hat nicht stattgefunden. Der Vorwurf, daß die Polizei absichtlich nicht eingeschritten wäre, läßt sich nach den getroffenen Erhebungen nicht aufrecht erhalten. So bedauerlich diese in der französischen Aufzeichnung angeführten Fälle auch erscheinen mögen, so lassen sie die von der französischen Regierung daraus gezogenen politischen Folgerungen nicht zu.

Die in der französischen Aufzeichnung aufgestellten Behauptungen über den deutschen Selbstschutz sind nicht zutreffend. Die deutsche Regierung muß zunächst die Verantwortung für den deutschen Selbstschutz ablehnen. Sie betont — wie in ihrer Note vom 23. Mai, — erneut mit Nachdruck, daß der oberschlesische Selbstschutz sich als eine aus dem Zusammenschluß der Bevölkerung hervorgegangene Notwehraktion darstellt, der sich in einem Gebiet gebildet hat, das der deutschen Verwaltung entzogen und der Verwaltung der interalliierten Kommission unterstellt ist. Die in der Aufzeichnung enthaltenen Angaben über die Stärke des Selbstschutzes, über die zahlenmäßige Beteiligung von Nichtoberschlesiern, entsprechen ebenfalls nicht den Tatsachen. Nach der, gemäß den mit der interalliierten Kommission getroffenen Abmachungen, erfolgten Auflösung des Selbstschutzes sind seine oberschlesischen Mitglieder in ihre Wohnstätten zurückgekehrt, soweit ihnen dies bei dem immer noch herrschenden polnischen Terror möglich war. Die übrigen Mitglieder haben sich in ihre Heimat begeben und ihre durch den Aufstand unterbrochene Erwerbstätigkeit wieder aufgenommen, oder haben, soweit sie arbeitslos waren, von der ihnen in schlesischen und anderen Kreisen unter Beihilfe der Gewerkschaften und anderen Organisationen vermittelten Arbeitsgelegenheit Gebrauch gemacht. Die deutsche Regierung hat, ihren Zusicherungen gemäß, die in das unbesetzte Deutschland übergetretenen Teile des Selbstschutzes, soweit sie noch im Besitz von Waffen waren, von den aufgestellten Schutzpolizeikommandos entwaffnen lassen. Sollten wider Erwarten auf unbesetztem Gebiet vereinzelt noch bewaffnete Trupps auftauchen, werden sie entwaffnet und aufgelöst werden.

Die französische Aufzeichnung behauptet ferner, daß die Oberleitung des Selbstschutzes an Ort und Stelle geblieben sei, und daß General Höfer sich in Brieg befinde. Dies ist nicht der Fall. Das Kommando des Selbstschutzes, das in Oberglogau seinen Sitz hatte, ist aufgelöst und Oberglogau geräumt. General Höfer weilt nicht in Brieg, wo er nur am 6. und 7. Juli gewesen ist, um die Auflösung des Selbstschutzes zu vollenden, vielmehr hat er sich von dort nach seinem Wohnsitz Koburg begeben und ist auf der Durchreise dorthin am 11. Juli in Berlin gewesen.

Während somit eine Gefährdung des Friedens von deutscher Seite keineswegs zu befürchten ist, besteht die ernste Gefahr, daß von polnischer Seite erneut versucht wird, das Ziel zu erreichen, das in drei Aufständen vergeblich angestrebt wurde. Der deutsche Reichsminister des Auswärtigen hat in Übereinstimmung mit dem gesamten Kabinett auf dessen Wunsch am 20. Juni in einer Besprechung mit dem französischen Botschafter über das Räumungsabkommen seiner Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß er an die ernsthafte Absicht der polnischen Insurgenten, das Abstimmungsgebiet zu räumen, nicht glaube.

Die deutsche Regierung bedauert lebhaft, daß die französische Regierung den vielen augenscheinlich von polnischer Seite ausgehenden falschen Behauptungen Glauben und Beachtung geschenkt hat. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die französische Regierung auf Grund der obigen tatsächlichen Richtigstellung der ihr vorliegenden Nachrichten zu der Überzeugung gelangen wird, daß von der „Gefahr eines deutschen Aufstandes oder von einer deutschen Drohung" nicht gesprochen werden kann. Sie ist ferner der Ansicht, daß die Vermehrung der französischen Streitkräfte schwerlich dazu beitragen würde, die infolge der noch ausstehenden Entscheidung naturgemäß gespannte Lage in Oberschlesien zu beruhigen.

Die deutsche Regierung hat dadurch, daß sie das Ultimatum nicht nur angenommen hat, sondern auch in seiner Ausführung schon weit vorgeschritten ist, den Beweis geliefert, daß ihre Orientierung auf Frieden und nicht auf kriegerische Abenteuer gerichtet und daß das Ziel ihrer Politik die Wiederherstellung friedlicher und normaler Beziehungen ist. Sie hat bereits ungeheure Leistungen finanzieller und wirtschaftlicher Art vollbracht und hat auch in der Entwaffnungsfrage allen Forderungen Genüge getan. Die deutsche Regierung wird nach wie vor in diesem Bestreben fortfahren. Innerhalb weniger Wochen hat sie, um nur einiges zu nennen, die schwere Artillerie der Land- und Küstenbefestigungen, sowie das von der Kontrollkommission nicht zugelassene Gerät des Heeres, der Marine und die Polizei abgeliefert, sie hat die Herstellung von Luftfahrzeugen und -motoren verboten, und alle in Deutschland noch bestehenden Selbstschutzorganisationen entwaffnet und aufgelöst. Die Durchführung des Friedensvertrages hängt aber unter anderem davon ab, ob es gelingt, die Polen dazu zu bringen, ihrerseits den Friedensvertrag zu achten, von dem Streben nach unrechtmäßigen Zielen Abstand zu nehmen und auf die Anwendung aller Mittel der Gewalt zu verzichten."

Die Verhandlungen zwischen Polen und Tschechien.

Prag, 28. Juni. (PAT.) Das Ministerium des Auswärtigen hat folgende Mitteilung herausgegeben: Minister Hotowetz legte den Pressevertretern nachstehende Erklärung über die Verhandlungen mit Polen vor: Polen war der einzige Staat, mit dem wir aus politischen Gründen keinen Vertrag schließen konnten. Die Oberhäupter und die auswärtigen Minister beider Staaten haben es endlich erreicht, daß gegenwärtig die Basis zu einer freundschaftlichen Verständigung zwischen beiden Staaten geschaffen wurde. Diese Verständigung soll alle politischen, Handels- und Verkehrsfragen umfassen. Die Aufgabe des Ministers Dr. Hotowetz war die Besprechung der Grundlagen eines Handels-, Verkehrs- und evtl. Finanzvertrages. Hinweisend auf die herzliche Aufnahme seitens der polnischen Regierung und auf den sympathischen Standpunkt der polnischen Zeitungen gegenüber dem tschechoslowakischen Staat betonte Minister Hotowetz, daß er in den Konferenzen mit dem Außenminister Skirmunt und dem Finanzminister alle Hauptfragen besprochen habe, zu einer Verständigung mit ihnen gelangt sei, und die Grundlagen der Verhandlungen festgesetzt habe, die zwei Kommissionen eingehend durchführen werden. Diese Kommissionen werden ungefähr Mitte August zusammentreten, und zwar die Handelskommission in Warschau und die Finanzkommission in Prag. Darauf bemerkte Minister Hotowetz, daß auf beiden Seiten ein gleiches Interesse am Abschluß eines Vertrages bestehe. Polen und die Tschechoslowakei sind in agrarischer und industrieller Hinsicht zwei vollkommen verschiedene Staaten. Im Export und Import bestehen keine widersprechenden Interessen. Der Minister nimmt an, daß die Verhandlungen über den Handelsvertrag glatt vonstatten gehen werden. Darauf hinweisend, daß sich in Polen Faktoren befinden, denen eine eventuelle politische und Handelsverständigung zwischen der Tschechoslowakei und Polen nicht genehm wäre, betonte Minister Hotowetz, daß es sich hier wahrscheinlich um ausländische Faktoren handelt, die das Gerücht verbreiten, daß der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Tschechien und Polen die polnische Produktion bedrohen würde. Der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Polen und der Tschechoslowakei ermöglicht die Anknüpfung gleichartiger Handelsbeziehungen. Minister Hotowetz sprach sich mit großem Vertrauen über die künftige Wirtschaft Polens aus, das er für einen Agrarstaat ansieht. Es war ein Glück für Polen, daß weder der zweite Krieg noch eventuelle kriegerische Komplikationen das polnische Staatseigentum schädigen konnten. Polen konsolidiert sich gleichfalls in finanzieller Hinsicht. Schon die diesjährige Ernte sichert Polen das wirtschaftliche Gleichgewicht. Minister Hotowetz wies darauf hin, daß die polnische Mark in Prag sehr niedrig stehe, daß jedoch die innere Kaufkraft in Polen höher steht als auf den internationalen Märkten. Es ist nicht nur wahrscheinlich, sondern zweifellos sicher, daß sich die polnische Mark ständig heben wird. Auf diese Weise würde die Gefahr eines Valutarisikos zwischen beiden Staaten beseitigt werden, die ungünstig auf den Warenaustausch einwirken könnte. Polen, das große Reichtümer besitzt, hat alle Grundlagen einer schnellen Entwickelung. Die tschechische Industrie, vor allem die Zuckerindustrie, kann zum wirtschaftlichen Aufbau Polens beitragen. Der Transit durch Polen wäre für die Tschechoslowakei eine große Bequemlichkeit, da er die Handelsbeziehungen mit Westrußland erleichtern würde, das als Agrarstaat par excellence für die Tschechoslowakei ein Getreidelieferant wäre und zugleich ein Markt des Überflusses. Polen kann mit Erfolg in den genannten Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Rußland vermitteln. Hierin liegt nach Ansicht des Ministers Hotowetz eine große Bedeutung des Vertrages auch für Polen.

Aus Oberschlesien.

Vorläufige Einigung.

Aus London meldet W. T. B.: Wie bereits mitgeteilt wurde, hat die französische Regierung sich damit einverstanden erklärt, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentritt. Die britische Regierung hat den Vorschlag angenommen, vor dem genannten Zeitpunkt eine Sachverständigenkonferenz stattfinden zu lassen, und hat zugestimmt, daß die Konferenz des Obersten Rates in Paris stattfindet. Die britischen Sachverständigen sind nach Paris abgereist. Eine Reise der Genannten nach Oberschlesien wird nicht in Erwägung gezogen. Es besteht jedoch Grund zu der Annahme, daß die oberschlesische Frage sich auf dem besten Wege zur Lösung befindet, und daß weitere Mißverständnisse bezüglich der Entsendung von Truppen oder eines anderen Punktes wohl kaum bestehen werden.

Nach Pariser Meldungen fanden in London gestern zwischen Lord Curzon und dem französischen Botschafter St. Aulaire neue Verhandlungen statt. Es handelte sich darum, zu einer Verständigung in der Frage der Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien zu gelangen. Man hofft in Paris, daß diese Regelung im Verlaufe des heutigen Tages erreicht werden wird. Die französische Regierung verlange von England und Italien nicht etwa die Entsendung englischer und italienischer Verstärkungen, sondern wolle von diesen beiden Mächten ein Mandat erhalten, im Abstimmungsgebiet mit Hilfe einer neu zu entsendenden Division, die zur Abfahrt bereit steht, die Sicherstellung der Lage durchzuführen. Die Unstimmigkeiten zwischen England und Frankreich betreffen nach Pariser Auffassung nicht die Notwendigkeit einer Truppenverstärkung selbst, sondern nur die Frage, ob es angebracht sei, die Verstärkungen sofort abgehen zu lassen. Die englische Regierung vertritt den Standpunkt, daß der Oberste Rat diese Frage prüfen müsse, während Frankreich angeblich aus Gründen der „Sicherheit der alliierten Truppen" in Oberschlesien die Entsendung der Verstärkungen noch im Laufe dieser Woche wünscht.

Der neue Aufstand.

Die „Schlesische Zeitung" veröffentlicht aus der heutigen Nummer des „Schwarzen Adler" fünf Tagesbefehle des sogenannten Armeestabes der Insurgenten in Ostoberschlesien. Der Tagesbefehl vom 17. Juli befiehlt, daß vom 27. Juli an die Offensive zu beginnen hat, und zwar hat der erste Abschnitt am 7. August vor Kosel zu stehen, der zweite Abschnitt vor Oppeln, der dritte Abschnitt vor Kreuzburg und der vierte Abschnitt auf der böhmischen Seite. Bis zum 20. Juli ist der Bericht über Waffen und Munition vorzulegen. Unterzeichnet sind die Befehle: In Vollmacht von Lisowski, Hauptmann und Adjutant.

Der „Schwarze Adler" druckt weiter die Entlassungstage der Insurgenten ab, in denen es ausdrücklich heißt, daß der Insurgent nur bis zur Wiedereinberufung zu entlassen ist.

Die Insurgenten wollen Oppeln.

Wie der „Tag" meldet, haben nach Mitteilung von Flüchtlingen aus der Rosenberger Gegend die Insurgenten, die in der Nacht zum Montag über die Grenze gekommen waren, geäußert, daß das Ziel des neuen polnischen Aufstandes unter allen Umständen Oppeln sein werde, um die interalliierte Kommission zu zwingen, sich den Wünschen der Insurgenten zu fügen.

Ein Volksrat an Stelle des Abstimmungskommissariats.

Beuthen, 28. Juli. (PAT.) An Stelle des polnischen Abstimmungskommissariats und des Vollzugsausschusses der obersten aufständischen Behörden, deren Liquidierungstätigkeit sich dem Ende nähert, wird, wie wir erfahren, als Vertreter der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien gegenüber den Koalitionsbehörden ein Volksrat gebildet werde, der aus Vertretern politischer Parteien und Berufsorganisationen zusammengesetzt ist. Er werde seine Kreis- und Ortsabteilungen haben. Der Zentralsitz soll Beuthen, Hotel Lomnitz, sein. Der Volksrat werde gleichfalls die Aufgabe haben, die künftige polnische Verwaltung in dem Teil Oberschlesiens vorzubereiten, der Polen zugesprochen wird. An der Spitze des Volksrates soll der Abg. Josef Rymar stehen, der während der Abwesenheit Korfantys in dem aufständischen Liquidierungsausschuß in Schoppinitz vertrat.

Englische Warnungen.

Im Leitartikel der „Sunday Times" heißt es: Die vom Quai d'Orsay inspirierten Blätter klagen die Deutschen der Böswilligkeit an, aber die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Bisher seien die Polen die Angreifer gewesen. Es wäre Selbstmord für die Deutschen, wenn sie einen Aufruhr hervorrufen und sich dadurch ihres Rechts auf eine geordnete Lösung des oberschlesischen Problems berauben wollten, sowie den von den Franzosen gewünschten Vorwand zum Einmarsch ins Ruhrgebiet geben würden. Unglücklicherweise hätten die Franzosen bei dem Versuch der Polen, ein fait accompli zu schaffen, nichts unternommen, um den Aufruhr zu unterdrücken, sondern die Angreifer stillschweigend ermutigt. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß die Ankunft französischer Verstärkungen (Großbritannien könne keine schicken und Italien werde zögern, zuzulassen, daß seine Mannschaften wieder niedergemetzelt würden), dazu dienen würde, die polnischen Heißsporne zu neuen Versuchen zu ermutigen.

Ein diplomatischer Korrespondent des gleichen Blattes schreibt: Die Haltung der französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien sei durchaus provozierend. Die Entsendung weiterer Truppen würde die Lage verschlimmern, neue Unruhen in Oberschlesien würden wahrscheinlich den Sturz der deutschen Regierung herbeiführen. Wenn Truppen gesandt würden, dann müssen ebenso englische wie französische geschickt werden.

Oberschlesien und der Vatikan.

Wie die „Ostdeutsche Morgenpost" aus Kattowitz meldet, hat der Papst die Gesuche von polnischen Geistlichen in Oberschlesien den besonderen Schutz über den polnischen Klerus in Oberschlesien zu übernehmen und an Stelle des Kardinals Dr. Bertram einen anderen Kardinal zu ernennen, abgelehnt. Die polnische Regierung hat beschlossen, vom Vatikan die Abberufung des päpstlichen Nuntius Ogne zu fordern.

Der Krieg im Orient.

Erfolge der Türken.

Angora, 28. Juli. (PAT.) Amtlicher Kampfbericht: Die Schlacht bei Eskiheir ist für die Türken günstig verlaufen. Diese haben die griechischen Truppen zurückgedrängt und ihnen schwere Verluste beigebracht. Die griechische Offensive wurde an dieser Front gänzlich aufgehalten. Die heftigen Kämpfe bei Seigi-Ghasi entwickeln sich günstig für die türkischen Truppen.

Konstantinopel, 28. Juli. (PAT.) Nach den letzten Nachrichten von der Front haben die Griechen eine Niederlage bei Seigi-Ghasi erlitten und ziehen sich zurück.

Die Abrüstung.

Eine Vorkonferenz über die Frage des Stillen Ozeans

Präsident Harding hat sich, wie über London gemeldet wird, dieser Tage klar darüber geäußert, daß er einer Präliminarkonferenz über die Frage des Stillen Ozeans zustimmen werde. Da die englische Anregung zu einer Vorkonferenz mit der jetzigen Anwesenheit der Premierminister der Dominien begründet worden war, so werden die eingeladenen Länder sich in Washington durch andere Vertreter repräsentieren lassen müssen, falls die Premierminister nicht sobald wieder ihr Land verlassen wollen.

Bei einem Festessen hielt der australische Premierminister Hughes eine Rede über die Aufgaben der bevorstehenden Konferenz in Washington. Als die wichtigste Aufgabe erklärte er die großen Flottenmächte zu einem Übereinkommen zu bringen, das die Einschränkung der Rüstungen ermöglicht. Er sagte, daß Japan und Amerika so große Flottenprogramme entwickelten, daß England, um seine Position zu wahren, gezwungen sei, mit beiden Mächten Schritt zu halten und seine Flotte ebenfalls zu verstärken. Einer der Hauptgründe, warum Amerika seine Marine verstärke, sei die Lage des Stillen Ozeans. Japan tue das gleiche und infolgedessen sei England genötigt, ebenfalls zu bauen, falls ein Abkommen nicht erzielt würde. Solange also das Programm des Stillen Ozeans nicht gelöst sei, erscheine es unwahrscheinlich, daß die großen Flottenmächte zu einem Abkommen gelangen. Aus diesem Grunde müsse die Konferenz über die Frage des Stillen Ozeans zuerst abgehalten werden.

England rüstet weiter.

London, 28. Juli. Im Unterhause fragte der Abgeordnete Wegwood Benn, ob neue Aufträge für den Bau von Großkampfschiffen vergeben werden sollten, bevor die Resultate der Abrüstungskonferenz vorlägen. Lloyd George erwiderte, es sei wichtig, entsprechend der bisherigen Politik die alten Schlachtschiffe durch neue zu ersetzen. Der mögliche Erfolg oder Nichterfolg der Konferenz in Washington könne hierin keine Änderung herbeiführen, aber selbst wenn die Konferenz vollen Erfolg haben würde, so könne er die Regierung doch nicht von der Verpflichtung, neue Schiffe zu bauen, befreien.

Der Kongreß in Lille. „Freiheit und Brüderlichkeit".

Lille, 27. Juli. (Tel.-Un.) Der Kongreß des französischen allgemeinen Arbeiterbundes hat gestern in Lille begonnen. Der Kongreß hatte eine außergewöhnliche Bedeutung, weil er über den Anschluß an Moskau entscheiden sollte. Als sich ein Redner der Minderheit zur Tribüne begeben wollte, wurde er von den Anhängern der Mehrheit aufgehalten. Es kam zu ernsten Zusammenstößen, in deren Verlauf zahlreiche Revolverschüsse fielen. Zwei anarchistische Delegierte sind schwer verwundet worden; außerdem wurde ein Gewerkschaftssekretär am Arm verletzt. Sie mußten den Sitzungssaal verlassen. Auch andere Verwundete wurden aus dem Sitzungssaal entfernt.

Die Konfliktstimmung in Italien.

Die durch den Kampf zwischen den Sozialisten und Faszisten hervorgerufenen Unruhen dauern an. Bei einem Kampf der beiden Parteien in Sarzana wurden über 20 Faszisten getötet und Akte furchtbarer Grausamkeit von den Kommunisten begangen. Diese schrecken sogar davor nicht zurück, verwundete Gegner hinzumorden. Ein internationaler Eisenbahnzug wurde hinter Spezia von den Kommunisten stark beschossen, und mehrere Reisende erhielten Verletzungen. Das Ereignis machte im ganzen Lande tiefen Eindruck und alle Blätter betonen die Unhaltbarkeit dieses Zustandes.

Die Rechtsparteien beschuldigen die Regierung eines schwächlichen Vorgehens, so daß die ohnehin schwierige Stellung des Kabinetts noch unsicherer geworden ist. Der Friedensschluß zwischen den Faszisten und Sozialisten ist stark gefährdet, zumal die Gefahr vorhanden ist, daß die durch die beiden Parteien erregten Massen der Friedensparole nicht folgen werden. Die Faszisten lehnen Bonomi als Vermittler ab, sind dagegen bereit, mit den Sozialisten direkt zu verhandeln. Diese wollen, daß die Kommunisten dem mit den Faszisten zu treffenden Abkommen beitreten. Der italienische Kommunismus ist jedoch einer Versöhnung abgeneigt und baut die Kampforganisation der sogenannten „Arditi del Popolo" weiter aus.

Rom 28. Juli. Zu neuen schweren Kämpfen zwischen Faszisten und Kommunisten ist es in Rocastrada gekommen. Die Faszisten durchsuchten die Bauernhäuser und zündeten die Gehöfte an, in denen sich bei den kommunistischen Bauern Waffen vorfanden. Im ganzen wurden zwölf Kommunisten und ein Faszist getötet, zwanzig verwundet. Siebzehn Häuser wurden angezündet und verbrannten.

Dieser Vorgang löste in der römischen Arbeiterschaft eine große Erregung aus. Als Protest gegen die Gewaltpolitik der Fascisten wurde in Rom und in der Campagna ein 24stündiger Generalstreik erklärt. Von der Regierung wurden die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um Zusammenstöße zu vermeiden.

Aus der Tschechoslowakei.

Die Donnerstagsitzung des tschechischen Parlaments war sehr stürmisch.

Die deutschen Abgeordneten griffen die Regierung während der Erörterung über die Einmischung der deutschen Regierung in die inneren Angelegenheiten der tschechoslowakischen Republik heftig an. Der deutsche Abgeordnete Bruner erklärte, daß sich die tschechische Regierung selbst in innere deutsche Angelegenheiten einmische. Redner stellte fest, daß er eine Landkarte der Tschechoslowakei gesehen habe auf der die Grenze nur 8 Kilometer (!) von Berlin verlaufe.

Weiter erklärte er, es wäre angebracht, daß die tschechische Regierung ihre Aufmerksamkeit den Verhandlungen Englands mit Irland zuwenden möchte. Die Deutschen in Tschechien würden sich an Irland ein Beispiel nehmen und bis zum Äußersten kämpfen. Zuletzt erklärte er, die Tschechoslowakei sei nicht das Herz von Europa, wie die Tschechen sagen, sondern der Blinddarm Europas, dessen Entzündung sich einzig durch eine Operation oder durch völliges Herausschneiden beseitigen ließe. Für diesen Vergleich erteilte ihm der Vorsitzende einen Verweis. Auf den tschechischen Bänken verursachten diese Äußerungen große Erregung.

Das falsche Gerücht von der Abreise des Exkaisers aus der Schweiz.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat die englische Regierung auf ihre Anfrage bei der schweizerischen Regierung die Auskunft erhalten, daß Exkaiser Karl streng bewacht werde und daß es nicht wahrscheinlich sei, daß er seinen früheren Streich wiederholen werde. Die diesbezüglichen aus Budapest verbreiteten Gerüchte stammen wahrscheinlich aus monarchistischen Kreisen, die ein Interesse an dem Widerstande gegen die Abtretung der westungarischen Bezirke an Oesterreich haben.

Zu der Meldung über die angebliche Rückkehr König Karls schreibt der „Pester Lloyd", an zuständiger Stelle wisse man nichts von einer derartigen Absicht, geschweige denn von einem bereits erfolgten Eintreffen in Ungarn. Zweifellos habe man es hier mit einem politischen Manöver zu tun, das die ungarische Politik in den Augen der Entente zu diskreditieren trachte.

„Szozat" führt aus, es sei lehrreich, zu sehen, wie gewisse Kreise das Vertrauen, das Ungarn genieße, durch Ausstreuung solcher Gerüchte zu schmälern trachten.

Spanische Zeitungen berichten, daß der ehemalige Kaiser Karl seinen Wohnsitz in Spanien nehmen wird, da die Schweizer Regierung von ihm das Verlassen des Gebietes vor Ende August fordert.

Sowjetrußland.

Helsingfors, 28. Juli. (Tel.-Un.) In der letzten Sitzung der Kommunisten im Deutschen Theater in Moskau hat Sinowjew eine große Rede gehalten, in der er sagte, daß der Kampf gegen den Hunger von der Sowjetregierung mit derselben Energie fortgeführt werden wird, wie gegen die Antirevolutionäre. Die freiwillige Räumung der bedrohten Gebiete durch die Bevölkerung wird mit Gewalt durch Waffen verhindert, damit diese Menschenmassen Rußland nicht überschwemmen. Daß die inländische Lage nicht ernster bedroht ist, sagte er noch, wird dadurch bewiesen, daß Lenin in Kürze eine Auslandsreise zu unternehmen gedenkt.

Reval, 28. Juli. (Tel.-Un.) Aus Moskau wird gemeldet, daß infolge der großen Unruhen der Belagerungszustand in Moskau proklamiert worden ist.

London, 28. Juli. (PAT.) Hoover stiftete im Namen der amerikanischen Zeitungskommission Bekleidung und Lebensmittel für eine Million Kinder und Kranke in Rußland, die von der Hungerkatastrophe bedroht sind.

Die Sowjet erkennen die Schulden der Zarenregierung an.

Paris, 26. Juli. Aus Riga wird gemeldet, die Sowjetregierung habe beschlossen, die Schulden der Zarenregierung anzuerkennen, als letztes Mittel, um die zerstörte Wirtschaft wiederherzustellen. Hierdurch wollen die Bolschewisten das ausländische Kapital für ihre Zwecke nutzbar machen, sie stellen aber die Bedingung, daß Verzinsung und Tilgung nicht vor 1925 beginnen sollen.

Lenin nach England.

Warschau, 29. Juli. „Daily News" bringen die sensationelle Nachricht, daß Lenin in Kürze in Begleitung Gorkis in London eintreffen soll. Lenin ist von englischen Agenten in Rußland zu diesem Schritt bewogen worden, die ihm zu verstehen gegeben haben, daß England bereit sei, Rußland großzügige Hilfe in der drohenden Hungerkatastrophe zu leisten, wenn sich Lenin seiner Diktatur entäußert und eine mäßige Politik zu führen beginnt.

Trotzki Ernährungsdiktator.

Warschau, 29. Juli. Trotzki wurde zum Ernährungsdiktator in Rußland ernannt.

Die große Hungersnot.

Die Sowjetregierung raumt jetzt endlich ein, daß die Hungersnot im Wolgagebiet bereits seit März und teilweise seit Wintermitte wüte. Sie hat nunmehr den Mut zur Beschönigung verloren und schildert in grausamer Stärke das Elend. Die Hütten sind verlassen, die Höfe verödet, die Landbevölkerung drängt in die Städte, um Brot zu erbetteln. Die Städte wiederum sind Herden kraftloser, vom Hunger aufgeriebener sterbender menschlicher Körper. Von tausend Menschen sind 800 zur Arbeit und zu jeglicher Anstrengung unfähig. Kräftigere irren in Massen durch die Felder, verdörrte Pflanzen rupfend, um den Hunger zu stillen. Ratten und Feldmäuse sind längst unerreichbare Leckerbissen geworden. Gefallenes Vieh und Aas wird gierig verschluckt. Der kleinste Bissen Brot ist unerreichbar, eine Mischung von Wurzelmehl, gemahlenen Viehknochen und Lehm bildet den Ersatz. Wer kann, flieht. Wohin das Auge reicht, sieht man gefallene sterbende Menschen. Die Massenflucht ist so allgemein, daß jeder Versuch, hemmend einzugreifen, wirkungslos bleibt. In Moskau lagern Karawanen alteingesessener Wolgakolonisten, die Deutschland zustreben.

Kriegszustand.

Wilna, 28. Juli. (PAT.) Aus Minsk wird berichtet: Am Grenzstreifen und in Weißrußland hat die Sowjetregierung den Kriegszustand erklärt. Sonderabteilungen sammeln die Getreidevorräte und nehmen das Getreide vom Halm. Der Eisenbahnverkehr wurde aufgehalten, wie man sagt, mit Rücksicht auf die Versetzung größerer Abteilungen des Ostens.

Rußland und die Alandsinseln.

Karlsborg, 27. Juli. (PAT.) Die „Agencia Rosta" teilt mit, daß Tschitscherin eine Note an die finnländische und schwedische Regierung gesandt hat, in der Rußland Stimme in der Angelegenheit der Alandsinseln fordert und für sich das Beteiligungsrecht in einer eventuellen Konferenz, welche die Neutralität betrifft, reklamiert. Tschitscherin erklärt, daß die russische Regierung das Recht hat, an den internationalen Beratungen teilzunehmen, welche den rechtlichen Standpunkt der Alandsinseln betreffen.

Die Vorgänge in der rumänischen Kammer.

„Az Est" meldet aus Bukarest: Ministerpräsident Averescu gab in der Kammer, nachdem die liberale Opposition ihren Exodus vollzogen hätte, die folgende Erklärung ab: Die gegenwärtige Haltung der liberalen Partei und die einiger anderer Parteien zwingt mich, den Waffenstillstand zu kündigen. Die Regierung ist entschlossen, die gesamte finanzielle, administrative und militärische Gebarung aller Regierungen, die seit dem Jahre 1914 an der Macht waren, einer Überprüfung unterziehen zu lassen.

Nach dieser Erklärung des Ministerpräsidenten reichte Taslaunu einen Antrag ein, wonach eine parlamentarische Kommission zum Zwecke der erwähnten Untersuchung entsendet werden soll.

Dieser Antrag wurde unter lebhafter Zustimmung angenommen.

Finanzminister Titulescu brachte eine Immunitätsvorlage ein. In seiner Rede, mit der er die Vorlage motivierte, erklärte er unter anderem, daß Rumänien wegen der Konferenz von Spaa erbittert sei. Rumänien finde es für äußerst gravaminös, wie es dort von den Verbündeten behandelt wurde. Die Verbündeten hätten in dieser Konferenz nur mit Deutschland verhandelt und die Bevollmächtigten Rumäniens und der übrigen kleinen Staaten mußten vor der Türe warten, bis man ihnen ein gnädiges Ohr lieh.

Der Abgeordnete Rudolf Brandsch protestierte im Namen der Sachsen gegen die Agrarreform, weshalb er vom Präsidenten zurückgewiesen wurde.

Jene Abgeordneten, die an dem Exodus teilgenommen haben, wurden aufgefordert, ihr Fernbleiben zu entschuldigen, widrigenfalls sie ihrer Mandate verlustig erklärt und in ihren Bezirken Neuwahlen ausgeschrieben werden würden. Man glaubt, daß auch die Vertreter der nationalen Minderheiten die Kammer verlassen werden.

Das Statut der „Kleinen Entente".

Wien, 27. Juli. Der Bündnisvertrag zwischen Jugoslawien und Rumänien wird jetzt veröffentlicht. Er enthält in Artikel 1 die Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung im Falle eines nicht provozierten Angriffes von Ungarn oder Bulgarien, der die Verletzung der Friedensverträge von Trianon und Neuilly zum Zwecke hätte. Zur Ausführung dieses Einvernehmens ist in Artikel 2 eine Militärkonvention zwischen den beiden Staaten vorgesehen. In Artikel 3 verpflichten sich die beiden Vertragsparteien, ohne vorheriges Einvernehmen kein Bündnis mit einer dritten Macht zu schließen. Artikel 4 besagt, daß die beiden Staaten in der Behandlung außenpolitischer Fragen gegenüber Ungarn und Bulgarien gemeinsam vorgehen wollen. In Artikel 5 wird die Gültigkeit des Vertrages auf zwei Jahre festgesetzt, nach deren Ablauf noch eine sechsmonatige Kündigungsfrist läuft. Artikel 6 und 7 enthalten die formalen Bestimmungen über die Mitteilung des Vertrages an den Völkerbund und die Ratifikation.

Dieser Vertrag kann im allgemeinen als Statut der „Kleinen Entente" überhaupt bezeichnet werden, da er gleichlautend auch zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien und zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien geschlossen wurde.

Zur selben Zeit ist nach Mitteilungen der Bukarester Presse auch der im März zwischen Rumänien und Polen abgeschlossene Bündnisvertrag veröffentlicht worden, dessen Zweck die gegenseitige Verbürgung der Ostgrenzen der beiden Staaten ist. Der Art. 1 verpflichtet sie zu gegenseitiger Hilfeleistung im Falle eines unprovozierten Angriffes durch Rußland. Artikel 2 sieht vor, daß die beiden Regierungen sich über die außenpolitischen Fragen hinsichtlich ihres östlichen Nachbarn verständigen werden. Laut Artikel 3 soll eine Militärkonvention abgeschlossen werden. Der Vertrag gilt dem Artikel 5 zufolge für fünf Jahre, kann aber alle zwei Jahre mit sechsmonatiger Frist gekündigt werden.

Artikel 6 ist sehr wichtig, weil er bestimmt, daß keiner der beteiligten Staaten ohne vorherige Zustimmung des anderen ein Bündnis mit einem Dritten schließen darf, und weil einerseits die polnische Regierung erklärt, Kenntnis von den Verträgen zu haben, die Rumänien mit anderen Mächten zur Sicherung der Verträge von Trianon und Neuilly geschlossen hat, andererseits die rumänische Regierung erklärt, von dem Bündnis Polens mit Frankreich Kenntnis zu haben.

Die beiden Schlußartikel enthalten ebenfalls die formalen Bestimmungen über die Mitteilung des Vertrages an den Völkerbund und die Ratifizierung.

Die amerikanische Pazifikflotte.

Haag, 27. Juli. Reuter meldet, der amerikanische Marineminister Denby habe die Konzentration der amerikanischen Flotte, soweit sie mit Öl betrieben wird, im Stillen Ozean angeordnet, den Befehl führt der Admiral Eberle. Diese Maßnahme wurde schon früher einmal gemeldet, aber dann wieder dementiert. Es werden sich dann die stärksten und neuesten Schiffe der amerikanischen Flotte im Stillen Ozean befinden. Soeben ist die „Maryland" in Dienst gestellt worden, die 16-zöllige Geschütze hat gegenüber den bisherigen 14-zölligen schweren Geschützen der amerikanischen Flotte. Die Geschütze sind in vier Türmen untergebracht. Ein weiteres Schiff des gleichen Typs, die „California", wird demnächst ebenfalls in den Dienst gestellt. Dann wird Amerika im Stillen Ozean 16 Schiffe mit 16-zölligen Geschützen, darunter zwei neue Dreadnoughts, und im übrigen 76 Schiffe mit 14-zölligen Geschützen in seiner dortigen Schlachtflotte haben.

Sejm.

Sitzung vom 28. Juli.

Warschau, 29. Juli. (PAT.)

Vor der Tagesordnung ergriff Abg. Reger in der Frage des Vertrages zwischen Polen und der Tschechoslowakei, in der Angelegenheit des Bürgerrechts und der damit zusammenhängenden Rechte das Wort. Er war dagegen, daß diese Angelegenheit dem Außenausschuß ohne erste Lesung überwiesen würde und stellte einen Dringlichkeitsantrag wegen der Wahl einer Sonderkommission zur Prüfung der Tätigkeit der internationalen Kommission zur Festsetzung der Grenze für Teschen-Schlesien und zur Prüfung des polnisch-tschechischen Vertrages, der in Prag am 29. November vorigen Jahres geschlossen wurde. Trotzdem wurde der Antrag der Auslandskommission überwiesen, und gleichzeitig wurde ein Vertrag besprochen, welcher nach Ansicht des Redners vollkommen überflüssig ist. Nach Absendung des Gesetzes in erster Lesung über die Bevollmächtigung des Ministerrates, die Statuten der Kreditinstitutionen zu ändern und des Gesetzes über Aenderung des Art. 1178 (des Aerztegesetzes) an die Kommission wurde der Voranschlag der Republik für das Jahr 1921 in erster Lesung beraten.

Das Wort nahm Finanzminister Steczkowski. Der Minister begründete in seine Rede die Notwendigkeit der Sparsamkeit. Darauf legte er den Voranschlag für das Jahr 1921 vor. Zur Deckung des Defizits sind etliche Kreditoperationen in Vorbereitung, aus denen im laufenden Halbjahr gegen 25 Milliarden fließen sollen. Zu diesen Operationen gehören vor allem das Vorgehen in der Ausbeutung der weißrussischen Wildnis, weiter ein Vorschußkredit für amerikanische Ueberweisungen, dann einen Kredit für neutrale Banken. Außerdem gab das Finanzministerium eine weitere Serie von Schatzscheinen im Betrage von 5 Milliarden Mark heraus, die alle in Umlauf gesetzt sind. Im Falle einer Bevollmächtigung durch den Sejm zur Herausgabe einer dritten Serie können noch drei Milliarden lokalisiert werden. Mit dem Augenblick, wo verschiedene politische Aufgaben gelöst sind, werden wir zur Emission einer inneren Anleihe schreiten. Diese Anleihe wird nach einer Stufe berechnet, die der heutigen Marklage des Innenmarkts wie auch der der Auslandsmärkte entspricht und außerdem mit großen Privilegien bezüglich der Steuer ausgestattet ist. Das Wichtigste jedoch sind die Garantien bezüglich der Abzahlung des Kapitals im Verhältnis zur Dollarvaluta. Die Bedeutung dieser Anleihe kann man schätzen, ohne daß man der Beschränkungsmöglichkeit mit der gleichzeitigen Zwangsanleihe auf 5 Milliarden Mark, was zusammen mit dem Einfluß der Schatzscheine und der vorherigen Kredittransaktionen 38 Milliarden ergibt, vorgreift.

Man muß sich jedoch darüber klar sein, daß die genannten Operationen nur ein augenblicklicher Ausweg aus der schwierigen Lage sind. Die Gesundung unserer Finanzlage wird eintreten, wenn wir mit eiserner Konsequenz das Programm in die Tat umsetzen, was sich auf eine Reduzierung der Ausgaben und eine Erhöhung der Einnahmen so stützt, daß das gewöhnliche Budget im Gleichgewicht bleibt. Gleichzeitig müssen die außergewöhnlichen Ausgaben, also auch die Anlagekapitalien, eingeschränkt werden. Und so begannen wir vor allem eine Reduzierung der gewöhnlichen Ausgaben, eine Verringerung des Personaletats fast in allen Obersten Behörden und in den ihnen unterstellten Ämtern. Vor allem wurde die Staatspolizei um 15% im Personal und um 30% in lokalen Kommandanturen eingeschränkt. Das Heer, das sich im Stadium der Mobilisierung befindet, wird wahrscheinlich mit dem für den Staatsschatz schädlichen System der Kriegswirtschaft aufhören. Post und Telegraphen weisen eine Erhöhung des Budgets um 500 Millionen Mark auf.

Der Finanzminister legte dem Sejm einen Gesetzentwurf über die Fonds der Selbstverwaltung vor, welche die Ueberweisung gewisser öffentlicher Gaben an die Selbstverwaltung als Ziel haben, die den Städten die Konsolidierung der bestehenden Schulden erleichtern und ihnen selbstgenügende Finanzierung ermöglichen. Der freie Handel mit Erdfrüchten und Kohle befreit den Staatsschatz von den bisher durch Ankäufe im Ausland entstandenen Kursschäden in Verpflegungs- und Kohlenzuzahlungen, welche gegen 20 Milliarden betrugen. In Bezug auf die Erhöhung der Staatsschatzeinnahmen wurden im laufenden Jahr bedeutende Fortschritte erzielt. So begann schon die Einnahme von Steuern, Kapitalien und Renten und die Erhöhung der Grundsteuern, der Schornsteinsteuern und der Hausklassensteuern im ehem. österreichischen Teilgebiet. Gleichzeitig wurden in diesem Jahr die Akzisengebühren von Bier, Hefe und Streichhölzern, die Patent-Akzisengebühren für Getränke und Hefe und für den Verkauf von Getränken im ehem. russischen Teilgebiet erhöht. Eine bedeutende Erhöhung der Einnahmen werden wir in diesem Jahr von den erhöhten Stempelgebühren, den Wechseln und den Versicherungen, besonders von den Rechnungsgebühren und den Geldempfangsbestätigungen, der Vermögensgegenstände, wie auch der Stempelgebühren von Verträgen über die Gründung von Aktiengesellschaften, worüber schon Gesetzentwürfe eingereicht sind, erzielen. Die Aussprache über das Exposé des Ministers wurde vertagt.

Darauf legte Abg. Moraczewski den Bericht der Verwaltungs-, sowie der Finanz- und Haushaltungskommission über das Pensionsgesetz der Staatsbeamten vor. Es wurde eine Entschließung angenommen, die die Regierung auffordert, ein besonderes Pensionsgesetz für Arbeiter in staatlichen Unternehmungen, in Bergwerken usw. zu schaffen. Der Regierungsentwurf schlug zwei Arten Pensionäre vor, solche mit 35-jähriger und solche mit 40-jähriger Dienstzeit. Der Ausschuß änderte dies und setzte einstimmig 35 Jahre fest. Die Gesamtausgaben [illegible]

rhöhen sich von einer Milliarde auf drei. Abg. Pfarrer Lubelski bemerkt, daß das Gesetz die geistlichen Pensionäre übergeht und wünscht eine entsprechende Verbesserung. Der Vizeminister für Finanzen Rybarski: Nach der Verfassung können keine Ausgaben ohne Deckung beschlossen werden. Es wurde der Änderungsantrag des Abg. Rajca zu Art. 16, der Änderungsantrag des Pfarrers Lubelski und alle anderen Beschlüsse angenommen. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung zusammen mit den stilistischen Verbesserungen des Berichterstatters angenommen.

Abg. Opala wünscht ein Gesetz, welches die Strafen für Schleichhandel erhöht. Einen zweiten Dringlichkeitsantrag in dieser Angelegenheit legt Pfarrer Lutoslawski vor. Dieser Antrag fordert die Regierung auf, aus dem Gesetz über die Belohnungen für die Aufdeckung von Schleichhandel, weiter von dem Gesetz über den Warenaustausch mit dem Auslande und über die Bekämpfung des Kriegswuchers Nutzen zu ziehen. Die Dringlichkeit beider Anträge wurde angenommen. Der Rechtsausschuß wird morgen früh darüber beraten. Außerdem wurde an den Auslandsausschuß ein Dringlichkeitsantrag des Nationalen Volksverbandes überwiesen über den Schutz Polens vor übermäßigem Zufluß fremder Bürger feindlicher Staaten. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr vormittags.

Republik Polen.

† **Vom Finanzministerium.** „Monitor Polski" bringt den Druck einer Verordnung des Finanzministers und des Ministers des ehem. preuß. Teilgebiets über die Beschränkung des Devisenumlaufes und der ausländischen Valuten.

† **Der Streik in der Textilindustrie.** Der seit etwa zwei Wochen dauernde Streik in der polnischen Textilindustrie findet noch immer kein Ende. Wiederholte Verhandlungen der Arbeiter und Industriellen sind ergebnislos verlaufen, da die Arbeitgeber nicht mehr als 20 Prozent Lohnerhöhung bewilligen wollen, mit der Begründung, daß die Textilindustrie unmöglich höhere Kosten tragen könne, die durch die von den Arbeitern geforderte Erhöhung entstehen würden. Eine Krise der Textilindustrie wäre unvermeidlich und der Auslandsmarkt würde für Polen völlig als Absatzgebiet ausscheiden. Bei den letzten Verhandlungen ging es insofern einen Schritt vorwärts, als die Arbeiter ihre erste Forderung auf 120prozentige Lohnerhöhung zurückzogen und vorschlugen, die Industriellen sollten die Lohnerhöhung unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Konjunktur und der wirklichen Unterhaltskosten der Arbeiterfamilien bei der ständigen Preissteigerung festsetzen. Der Vorschlag wurde von den Industriellen grundsätzlich angenommen. Bezüglich konkreter Bedingungen behielten sich beide Parteien ihre Handlungsfreiheit vor. Am heutigen Mittwoch werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Der Warschauer Gasarbeiterstreik ist gestern beendet worden. Die Arbeiter nahmen die Arbeit wieder auf.

Am Mittwoch beschlossen die städtischen Beamten in Warschau in einer Versammlung, die von dem Vorstand der Städtischen Arbeiterverbände zusammenberufen worden war, mit den Verbänden der städtischen Arbeiter der Poln. Soz. Partei zusammenzugehen, der vor kurzem sich mit dem kommunistischen Arbeiterverband zusammengeschlossen hat. Das Ergebnis dieser neuen Sachlage ist die Erklärung des Streiks der städtischen Beamten.

Der Streik in der Lodzer Textilindustrie nähert sich dem Ende. Die Fabrikanten fangen an, sich nachgiebig zu zeigen, jedoch nicht in den Punkten, die die Arbeiter fordern. Beiderseits zeigen sich Bestrebungen, eine Liquidierung des Konfliktes auf dem Kompromißwege herbeizuführen.

Am Mittwoch fanden in Lodz traurige Zusammenstöße zwischen den Sicherheitsorganen und der Streikmenge statt. Es soll eine Anzahl Verwundeter auf beiden Seiten gegeben haben.

Deutsches Reich.

** **Vor einem Linksputsch.** Der Polizeipräsident von Breslau bestätigt die von der T.-U. gebrachte Meldung über die Verhaftung des angeblichen Goldwarenhändlers Fix und dessen Aussagen über einen geplanten Linksputsch mit französischer Unterstützung. In Düsseldorf, Köln, Breslau, Brieg usw. wurden Personen verhaftet, die in ihren Aussagen, die durch das teilweise beschlagnahmte Material bestätigt wurden, zugaben, daß in den nächsten Tagen ein neuer Linksputsch geplant sei, und zwar mit französischer Unterstützung an Geld und Waffen. Ein Kommunist, der sich als Gold- und Silberwarenhändler aus Düsseldorf ausgab, hat in Breslau nach seiner Verhaftung in seinem Geständnis offen zum Ausdruck gebracht, daß er zwar nun unschädlich gemacht worden sei, daß aber an seiner Stelle zahllose Mitbrüder seine Ideen weiter verbreiten würden. Er erklärte: „Frankreich hilft uns in Deutschland mit Geld und mit Waffen, um dem Kommunismus zum Siege zu verhelfen." Auf mehrere Fragen, warum Frankreich oder auch nur französische Kreise ein Interesse an der Ausbreitung bzw. dem Siege des Kommunismus in Deutschland haben sollen, antwortete er: Frankreich habe ein sehr großes Interesse daran, eine neue Erschütterung in Deutschland herbeizuführen, da der Haß gegen Frankreich infolge der oberschlesischen Vorgänge usw. bedenklich gestiegen sei und die Reaktion sehr an Macht gewonnen habe. Diese zu bekämpfen, daran sei französischen Kreisen sehr gelegen. Der Herd der neuen Organisation für einen neuen Linksputsch befindet sich im besetzten Rheinland. Die Vorbereitungen werden sehr eifrig betrieben.

** **Enthüllung der französischen Manöver zur Loslösung des Saargebietes.** Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat folgende Anfrage im Reichstage eingebracht: Im „Berliner Tageblatt" (Nr. 330) ist die Behauptung erhoben worden, daß die Schaffung eines besonderen Saargebietes unter Loslösung vom Reichskörper durch den Versailler Friedensvertrag auf Grund einer Adresse erfolgt sei, die die Angliederung des Saargebietes an Frankreich fordert und 150 000 saarländische Unterschriften getragen hat, aber in ihrem ganzen Umfange gefälscht gewesen sei. Die Behauptung des „Berliner Tageblattes" gründet sich auf Äußerungen des französischen Majors Richert, des Leiters der französischen Propaganda im Saargebiet. Sind der Reichsregierung diese Äußerungen bekannt? Gedenkt sie für deren authentische Feststellung zu sorgen und sie zum Anlaß zu nehmen, die Revision der das Saargebiet betreffenden Bestimmungen des Vertrages von Versailles zu verlangen?

Vom Bauernverein.

Der Bauernverein Samter und Umgegend hielt am 10. d. M. in Bährs Lokal in Samter seine erste diesjährige Versammlung ab, die recht gut besucht war. Der Vorsitzende, Herr Forbrich, Lindenhöhe, eröffnete die Sitzung und begrüßte die Erschienenen. Nach Erledigung mehrerer wichtiger Tagesfragen und nach Vorlesung des letzten Sitzungsberichtes wurde zur Neuwahl eines Kassenwartes für den nach Deutschland verzogenen Geschäftsführer Herrn Polatschek geschritten. Die Wahl fiel einstimmig auf den jetzigen Geschäftsführer des Ein- und Verkaufsvereins Samter, der die Wahl annahm. Darauf hielt Herr Hauptgeschäftsführer Kraft vom Hauptverein Posen einen längeren Vortrag über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller deutschen Landwirte in Polen. Mit klaren, allgemein verständlichen Worten schilderte der Redner die durch die Umwälzung hervorgerufene Umwandlung im Vereinswesen der deutschen Minderheiten in Polen. Den Grundpfeiler unseres Staates, so führte der Redner aus, bildet die Landwirtschaft. Sie vor allem wird dazu berufen sein, dem jungen Staat beim Aufbau behilflich zu sein und ihn lebensfähig zu gestalten. Damit nun die Interessen des Einzelnen gewahrt bleiben und die berechtigten Wünsche der deutschen Minderheiten an geeigneter Stelle zum Ausdruck gebracht werden können, ist ein enges Zusammenarbeiten aller deutschen Landwirte, groß wie klein, unbedingt erforderlich. Leider muß hervorgehoben werden — und in der Aussprache kam dies auch deutlich zum Ausdruck —, daß hierfür noch nicht das genügende Verständnis vorhanden ist. Nur durch enges Handinhandarbeiten kann positive Arbeit geleistet werden. Nachdem Herr Kraft noch eingehend über die Ziele des Hauptbauernvereins, ebenfalls über die Liquidierung und Optionsfrage berichtet hatte, richtete er am Schluß seiner Ausführungen einen warmen Appell an alle Anwesenden, zusammenzuhalten zum Wohle des Ganzen. Die veränderten Satzungen wurden einstimmig angenommen. Herr Kraft erntete den Beifall der Versammlung. Herr Rittmeister Sondermann, Przyborówka, berichtete über den Stand des Kreisbauernvereins Samter, der demnächst in Ottorowo eine Sitzung abhalten will. Neu aufgenommen wurden die Herren Helmchen und Bähr in Samter und Beckmann, Sachsenhof. Die Aussprache war recht rege und lehrreich.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 29. Juli.

Der Himmel will nicht!

Seit Wochen schon leckt vom azurblauen Himmel das Tagesgestirn auf die unter der bedenklich hohen Temperatur seufzende Menschheit, wie auf alle übrigen Lebewesen hernieder. Alles seufzt und sehnt Regen herbei; Regen, der die Menschen vor dem Zerfließen in ihre Atome bewahrt; Regen, der das Vieh vor dem Verdürsten, und Bäume und Pflanzen vor dem Verdorren schützt. Hat doch der fortdauernde Regenmangel es bereits fertig gebracht, daß nicht nur das Futter auf dem Halme verdorrte, sondern daß auch die Brunnen schon teilweise versiegten, so daß unsere Landwirte auch aus dem letzteren Grunde immer zahlreicher sich schweren Herzens entschließen müssen, ihr Vieh entweder selbst abzuschlachten oder in vereinzelten Fällen zu verkaufen. Aber alles Seufzen nach Regen ist zwecklos, der Himmel bleibt hart. Wohl überzieht er sich hin und wieder mit regenverheißendem Gewölk, aber da setzt plötzlich, zunächst erst mit einem leisen Zephyrgeflüster beginnend, in wenigen Minuten aber schon zum stärksten Fortissimo übergehend, ein Sturm ein, der das schwarze Gewölk zerstreut und uns den Anblick des lachendsten Sonnenscheins wieder bereitet. Hin und wieder sollen in den letzten Tagen 10—15 Regentropfen die Mutter Erde berührt haben. Gestern abend nun zog sich ein Regen verkündendes Gewitter über unserer Stadt zusammen, alles atmete auf, denn man glaubte 1000 gegen 1 wetten zu können, daß nun der Himmel seine Schleusen zu einer ergiebigen nassen Spende öffnen würde. Und tatsächlich hat es auch geregnet, gegen Mitternacht sogar noch einmal, aber es war wie ein Tropfen auf den heißen Stein; man glaubte es, während des Regens förmlich zischen zu hören. Heute früh hatten wir wieder den üblichen lachenden Sonnenschein, und um 6 Uhr zeigte das Thermometer bereits 20° Cels.! Wie soll das enden? Man wird denen zustimmen müssen, die uns heute bereits eine Katastrophe in der Lebensmittelversorgung voraussagen. Daß bei der Fortdauer der Dürre unsere ganze Kartoffelernte schwer gefährdet ist, da unter den jetzigen Umständen die Kartoffeln überhaupt nicht ansetzen, ist sogar jedem Laien klar. Und was das allerschlimmste ist, dieser Regenmangel beschränkt sich nicht etwa auf unsere engere Heimat allein, sondern auf ganz Polen und nach unseren zuverlässigen Informationen auch auf Deutschland usw. hb.

Selbstschutz gegen den freien Handel.

Der Starost des Kreises Inowrocław veröffentlichte unterm 25. d. Mts. folgende Mitteilung:

Mit der Einführung des freien Handels ist die Gefahr verbunden, daß gewissenlose Spekulanten sich bemühen werden, bei uns das Getreide aufzukaufen, um es über die Grenze zu schmuggeln oder es zu verbergen, um dadurch zwecks Erhöhung der Preise einen scheinbaren Mangel an Getreide hervorzurufen. Bei solchen Spekulationen kann leicht der Fall eintreten, daß unser Getreide in andere Gebiete ausgeführt und von dort nach Berechnung der Transportkosten und eines wucherischen Gewinnes wieder an uns verkauft wird. Ich erachte es deshalb als meine Pflicht, die Landwirte vor dem Verkauf des Getreides an unbekannte und fremde Personen zu warnen. Die landwirtschaftlichen Produzenten, Vermittler und Müller unseres Kreises haben sich mir gegenüber verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Lebensmittelversorgung des Kreises durch eine übermäßige Ausfuhr in keiner Weise leidet. Darüber wird eine besondere Kommission wachen, die aus den Vertretern der angeführten Berufe besteht. Laut den Berechnungen dieser Kommission wird nach Befriedigung des eigenen Bedarfs nur ein geringes Quantum von Brotgetreide ausgeführt werden können. Am besten werden deshalb die Produzenten tun, wenn sie ihr Getreide nur bekannten, reellen örtlichen Firmen verkaufen, die dafür bürgen, daß sie es nicht zu Spekulationszwecken benutzen werden. Diese Firmen sind vorzüglich organisiert, verfügen über die notwendigen Mittel und werden gewiß das Getreide zu angemessenen Börsenpreisen bezahlen. Über die in unserem Kreise herumschleichenden Händler, die durch hohe Preisangebote oder durch ihr verdächtiges Betragen auffallen, bitte ich zwecks Feststellung ihrer Herkunft und der Berechtigung zum Handeln mit Getreide den Behörden Meldung zu erstatten. Auf alle Fälle erfordert es die eigene Vorsicht des Verkaufenden, daß er von unbekannten Personen Legitimationen und amtliche Genehmigungen zum Handeln mit Getreide verlangt.

Gegen Getreidebrände. In letzter Zeit sind wiederholt Getreidebrände vorgekommen, die durch Lokomotivfunken verursacht wurden. Das Eisenbahnbetriebsamt in Inowrocław macht die Landwirte darauf aufmerksam, daß abgemähtes Getreide in einer Entfernung von mindestens 38 Metern vom Bahngleise liegen muß, und daß in der Nähe des Bahngleises befindliche Stoppelfelder sofort umgeackert werden müssen, da andernfalls die Bahn für Schäden nicht aufkommen kann.

X **Mit ihrer wertvollen Diebesbeute erwischt** wurden vorgestern drei Diebe, namens Anton Koperski aus Posen, Josef Perski aus Wronke und Michal Rutkowski aus Kalisch, die nachts in der Gerberei der Centrala Skór in Glowno 185 gegerbte Ziegen- und Kalbfelle im Werte von 400 000 Mk. gestohlen hatten und diese zu Kahn auf der Cybina in die Warthe und schließlich nach Wronke schaffen wollten.

X **Ein jugendlicher Taschendieb**, der 16jährige Boleslaw Jóźwiak aus Lodz wurde gestern auf dem Jersitzer Wochenmarkt dabei ergriffen, als er einer Dame die Handtasche öffnete und daraus über 500 M. stahl. Er wurde in Untersuchungshaft genommen.

X **Eine teure „Zugabe".** Gestern kamen zwei „Herren" in Begleitung einer „Dame" in ein Goldwarengeschäft der Oberstadt und erstanden eine wertvolle Krawattennadel. Die drei müssen sehr „in Gedanken" gewesen sein, denn sie haben „versehentlich" einen mit Rubinen besetzten Brillantring im Werte von 180 000 Mk. mitgehen heißen.

X **Taschendiebstähle.** Einem Herrn wurde gestern vormittag beim Verlassen des Hauptbahnhofs eine Brieftasche mit 10 000 M. polnischem, 100 M. deutschem Gelde und Ausweispapiere auf den Namen Henryk Landau aus Krakau gestohlen. — Auf der Linie 1 der überfüllten Straßenbahn wurde gestern nachmittag nach 2 Uhr am Plac Wolności (früher Wilhelmsplatz) eine Brieftasche mit 10 300 M. Inhalt und Ausweispapieren im Gedränge gestohlen. — Endlich wurde gestern vormittag einem Herrn eine Brieftasche mit 35 000 M. auf dem Hauptpostamt gestohlen.

X **Polizeibericht.** Festgenommen wurden eine Person wegen schweren, 4 wegen gewöhnlichen und 2 wegen Taschendiebstahls, zwei wegen Hehlerei, eine wegen Bettelns, 10 Frauenzimmer wegen liederlichen Umhertreibens.

* **Exin,** 25. Juli. Hier erfolgte heute die Beisetzung des am 22. d. Mts. verstorbenen Sanitätsrats Dr. Mangelsdorf unter zahlreichstem Geleit der städtischen und ländlichen Bevölkerung aller Klassen. Man bemerkte u. a. den Bürgermeister nebst zahlreichen Stadtverordneten, Oberamtmann Busch-Glogowiniec, Landrat a. D. Naumann-Suchorencz, Graf Bredow-Eckardtsfelde, die Direktoren Arnemann und Weise, Oberamtmann Kunkel-Rostrzembowo. Die Ärzteschaft war vertreten durch die Herren Dr. Seele und Meißner in Exin, Sanitätsrat Dr. Ziętak, Kreisarzt in Schubin, und Geheimart Brunk und Sanitätsrat Lampe aus Bromberg. Die Grabrede feierte den Heimgegangenen als den allzeitig und allseitig hilfsbereiten Arzt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	29. Juli	28. Juli
4% Posener Pfandbriefe (alte) .	—,—	—,—
3% „ „ Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% „ „ ohne Buchst.	—,—	—,—
3½% „ „ Buchst. C .	—,—	—,—
4% „ „ Buchst. D u. E	—,—	—,—
4% „ „ (neue) . .	—,—	—,—
4% „ (neue) mit poln. Stempel	—,—	—,—
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	—,—	—,—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	—,—
5½% Obl. Cegielski	—,—	—,—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk.	—,—	—,—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	—,—	—,—
Bank Związku VIII em. (ungest.)	260 + A	—,—
Bank Związku IX em. (ungest.)	250 + A	250 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VII .	340 + N	340 + N
„ „ „ VIII . .	340 + N	340 + N
Bank Handlowy, Warszawa . .	—,—	—,—
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	—,—	—,—
Bank Ziemian	690 + A	—,—
Bank Ziemski	—,—	—,—
R. Barcikowski I—IV em. . . .	210 + N	210 +
R. Barcikowski V em.	175 + A	—,—
Centrala Skór	—,—	650 + N
Lubań	540 +	—,—
Dr. Roman May	530 + A	535 +
Patria	375 +	375 + N
Pozn. Spółka Drzewna	—,—	—,—
C. Hartwig I—III em.	—,—	420 + N
C. Hartwig IV em.	390 + N	400 + A
Cegielski I—VI em.	260 + A	265 + A
Cegielski VII em.	260 + A	265 + A
Hurtownia Związkowa	—,—	—,—
Włókno	—,—	—,—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	—,—	—,—
Bank Poznański I. Em.	210 + N	—,—
Bank Przemysłowców	265—260 + A	270-280-275 + N
Pozn. Bank Ziemian (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Polski Bank Komisowy II. Em. .	—,—	—,—
Bank Zjednoczenia	—,—	—,—
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr)	200 + A	220 + A
Iri	—,—	—,—
Wytwornia Chemiczna	260 + A	265 +
Wyroby Ceramiczne, Krotoszyn .	—,—	170 + N
Drzewo Wronki	—,—	—,—
Wisła	—,—	600 + N
Arcona	370 + N	—,—
Brzeski Auto (exkl. Kupon) . .	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	165 + A	170 + N
Wytwornia Maszyn Młyńskich .	—,—	—,—
Herzfeld Viktorius	360— + A	360 +
Bentzki	400 +	415 + A
Orient	210 + N	200 + N
Sarmatia	420 +	430 + A
Bławat	—,—	—,—
Dom Konfekcyjny	345 + N	—,—
Tkanina	—,—	345 +
Centrala Rolników	—,—	—,—
Papiernia, Bydgoszcz	250 + N	—,—
Trie	205 + A	—,—
Hurt. Spółek Spożywców . . .	—,—	—,—
Sierakowskie Kopalnie Węgla .	—,—	—,—
Kabel	—,—	—,—
Lloyd Wielkopolski	—,—	—,—
Złącz. Cegieln. Aug. Grad. . . .	—,—	—,—
Pneumatik	160 + N	160 + N

Berliner Börsenbericht

vom 28. Juli.

Diskonto-Komm.-Anteile .	263.50	3½ % Pos. Pfandbriefe .	—.
Orenstein u. Koppel . . .	640.—	Auszahlung Warschau . .	3.75
Hartmann Maschinen . .	454.50	Polnische Noten	3.95
Phönix	880.—	Kriesnoten	9.50
Caro	279.—	Dollar	81^{125}
Otavi	481.—	Englische Pfund	290.—
Scheidemandel	740.—	Gulden	2480.—
3½% Poln. Pfandbriefe .	13^{875}	Schweizer Franken . . .	1322.50
4% Pos. Pfandbriefe . .	—.—		

Amtliche Notierungen der Getreidebörse (Giełdy Zbożowej) in Posen vom 29. Juli 1921.

(Die Preise verstehen sich für 50 Kg. bei sofortiger Lieferung.)

Seradella	—,—*)	Wollgras	—,—*)
Futterlupinen	—,—*)	Tymotee	—,—*)
Saatlupinen	—,—*)	Raigras	—,—*)
Roggen . . .	2700—2900—3100	Inkarnatklee	—,—*)
Wintergerste .	2200—2300—2500	getr. Futterrüben . .	—,—*)
Saubohnen	—,—*)	Zuckerrüben getr. . .	—,—*)
Gartenbohnen	—,—*)	Runkeln	—,—*)
Senf	—,—*)	Zuckerschnitzel gewöhnl.	—,—*)
Hanf	—,—*)	„ 30—35%	—,—*)
Buchweizen	—,—*)	„ Steffens	—,—*)
Mohn	—,—*)	Frühkartoffeln . . .	—,—*)
Hirse	—,—*)	Stroh: Getreidestroh, lose	—,—*)
Kümmel	—,—*)	„ gepreßt .	—,—*)
Leinsamen	—,—*)	„ (Sommer-)	
Winterraps .	4200—4400—4600	„ lose	—,—*)
Rübsen	—,—*)	„ „ gepr.	—,—*)
Gelber Klee	—,—*)	Heu, lose	—,—*)
Roter Klee	—,—*)	„ gepreßt	—,—*)
Weißer Klee	—,—*)	Klee, lose	—,—*)
Roggenkleie	1800—2000	„ gepreßt	—,—*)

*) Ohne Handel. Tendenz: —

Posener Viehmarkt vom 29. Juli 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm:

I. Rinder: A. **Ochsen** I. Sorte 4200—4500 M., II. Sorte 3400—3700 M., III. Sorte 3000 M. B. **Bullen** I. Sorte 4200—4500 M., II. Sorte 3400—3700 M., III. Sorte 3000 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 4200—4500 M., II. Sorte 3400—3700 M., III. Sorte 3000 M. für Lebendgewicht. D. **Kälber:** I. Sorte 6000 M., II. Sorte — M. für Lebendgewicht.

II. Schweine: I. Sorte 12 000—12 500 M., II. Sorte 11 000 bis 11 500 M., III. Sorte 9500—10 500 M. für Lebendgewicht.

Der Auftrieb betrug: 42 Rinder, 30 Kälber, 5 Schafe, 10 Ziegen 250 Schweine, 580 Ferkel, 3500—4000 M. das Paar. Rinder nicht ausverkauft. — Tendenz: ruhig.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 29. Juli.

Abermalige Erhöhung des Wasserpreises.

Das Kubikmeter Wasser, dessen Preis erst in der Stadtverordnetensitzung vom 13. d. Mts. von 9 auf 15 M. erhöht worden ist, kostet nach einer Magistratsbekanntmachung vom 1. August d. Js. ab 19 M., und zwar, wie es in der betr. Bekanntmachung heißt „mit Rücksicht auf die Erhöhung der Arbeitslöhne und der Kohlenpreise." Der Wasserpreis hat sich mithin innerhalb eines Monats mehr als verdoppelt. Da die Stadtverordnetenversammlung bekanntlich jetzt Ferien hat, so ist die neue Erhöhung des Wasserpreises ohne deren Zustimmung erfolgt.

X **Die Nachfrage nach Butter,** die jetzt so sehr spärlich zu haben ist, ist trotz des hohen Preises, den man dafür anzulegen hat, sehr groß. Auf dem Wochenmarkt des Plac Sapieżyński (früher Sapiehaplatz) war heut der Ansturm auf die wenigen Butterverkäufer so stark, daß Polizeibeamte sich wieder ins Mittel legen und den Verkauf übernehmen mußten. Das Pfund wurde mit 200 M. bezahlt.

X **Teurer Eintrittspreis!** Das Vergnügen einer Besichtigung des Zoologischen Gartens mit dem gleichzeitigen Genusse eines Konzerts muß man jetzt sehr teuer bezahlen; es kostet für eine erwachsene Person Sonntags 30 M.

X **Spurlos verschwunden** ist gestern aus ihrer Wohnung in der ul. Łazarska 50 die Ehefrau Pelagia Andrzejewska. Sie wurde vor 3 Jahren vom Schlage gerührt, ist infolgedessen auf der rechten Seite gelähmt und kann nicht sprechen. Sie ist 39 Jahre alt, 1.65 Meter groß, hat blondes Haar und war bekleidet mit einer weißen mit roter Borte besetzten Jacke, einem braunen Alpackakleid und dunklem, blaukariertem Tuch.

X **Eine fürsorgliche Mutter.** Vor 6 Wochen haben sich der 7jährige Sohn Alexander und der 5jährige Sohn Edward einer im Hause ul. Stanisława Karwowskiego 6 (früher Fichtestr.) wohnhaften Frau Marja Polewacz aus der elterlichen Wohnung entfernt, ohne bisher zurückgekehrt zu sein. Erst jetzt hat sich die Mutter veranlaßt gesehen, der Polizei von dem Verschwinden ihrer beiden Kinder Anzeige zu machen. Sie nimmt an, daß sie sich bei irgend einem Obstpächter aufhalten.

pm. **Schrimm,** 28. Juli. Sonnabend, 23. ds. Mts., mittags 1 Uhr vernichtete ein Großfeuer in Zabno (früher Hirschwald), bei den Ansiedlern Krause und Sohn sämtliche Wirtschaftsgebäude. Außer den Wohnhäusern und dem größten Teil des lebenden Inventars konnte nichts gerettet werden. Fast sämtliche landwirtschaftliche Maschinen, sowie die eingebrachten Erntevorräte wurden ein Raub der Flammen. Die Löschungsarbeiten wurden fast unmöglich gemacht infolge des empfindlichen Wassermangels und des heftigen Westwindes. Der Schaden ist ungeheuer groß.

Aus Ostdeutschland.

* **Schneidemühl,** 26. Juli. In dem in der Nähe von Schneidemühl gelegenen Dorf Haasenberg brach heute in der Mittagsstunde ein großes Feuer aus. Mit rasender Geschwindigkeit griff es um sich. Schon um zwei Uhr waren vier Gehöfte mit 10 dazu gehörigen Stallungen und Scheunen vollständig vernichtet, insgesamt etwa 15 Gebäude. Mit Mühe gelang es den Bewohnern, einen geringen Teil der Habe und des Mobiliars zu retten. Der Schaden geht in die Hunderttausende. Die abgebrannten Häuser waren alle mit Stroh gedeckt. Den Anstrengungen von mehr als fünf Feuerwehren gelang es, die weitere Ausdehnung des Brandes zu verhüten.

* **Königsberg i. Pr.,** 25. Juli. Ein schweres Unwetter ging gestern über unserer Stadt und deren weiterer Umgebung nieder und hat, wie zahlreiche aus der Provinz einlaufende Nachrichten besagen, auch dort großen Schaden angerichtet. Nach einem glühend heißen Vormittag bedeckte sich der südliche und westliche Himmel mit tiefschwarzen Wolken, die sich gegen die zweite Nachmittagsstunde in Form eines schweren Gewitters mit Wolkenbruch entluden. Durch den orkanähnlichen Weststurm, der plötzlich einsetzte, gepeitscht, fegten die niederstürzenden Wassermassen, einem furchtbaren Schneesturm vergleichbar, daher; in wenigen Minuten waren die Straßen, in denen die Gullys die ungeheuren Wassermassen nicht zu fassen vermochten, fußhoch überschwemmt und glichen großen Seen. Durch den Sturm wurden Bäume entwurzelt und kleine Häuser abgedeckt, Schaufenster eingedrückt und Schornsteine umgerissen. — In der Gegend zwischen Insterburg und Wehlau, wo das Gewitter stundenlang mit furchtbarer Heftigkeit gewütet hat, sind verschiedene Brände durch Blitzschlag entstanden; auch ist das auf den Feldern befindliche Getreide zum großen Teil vernichtet.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: i. V. Dr. Franz Buchta; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznan.

Mit Rücksicht auf die Erhöhung der Arbeitslöhne und der Kohlenpreise hat der Magistrat beschlossen, den Wasserpreis für 1 kbm auf 19.— Mark zu erhöhen.
Der neue Preis tritt vom 1. August 1921 in Kraft.

Magistrat VII W.
Wodociągi Miejskie.

Verordnung.

Der Sąd Powiatowy (Landgericht) hat folgende Verfügung erlassen: Es wird dem **Max Etter** verboten, über das Installationsgeschäft Posen, Górna Wilda 36, und seine Teile zu verfügen, sofern es sich nicht um Gegenstände handelt, die zum laufenden Verkauf bestimmt sind, und zwar unter Androhung einer Arreststrafe für jeden einzelnen Fall des Nichteinhaltens obigen Verbots.

Deshalb warne ich vor Ankauf des Installationsgeschäfts und Werkstatt samt Einrichtung, Górna Wilda 36.

Klara Etter, geb. Stolska,
ulica Skarbowa 5. [2236

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag 10: Gd. Greulich. — $11^1/_4$: Kindergd. Derselbe.

Luisenhain. Sonntag, 4: Gd. Greulich.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenschlußgd. Haenisch. — Sonntag, 10: Gd. Haenisch. — 11½: Kindergd. Haenisch. — Mittwoch, 6: Bibelbesprechung. Schneider. — Amtswoche: Haenisch.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. Staemmler. — Mittwoch, 8: Bibelstunde. Stuhlmann. — Amtswoche: Stuhlmann.

Ev.-luth. Kirche, Ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße). Sonntag, 10½: Predigt. Jungermann.

St. Lukas-Kirche. Sonntag, 10: Pred. Büchner. — 12: Kgd. Büchner. — Mittwoch, 6: Bibelstd. Büchner.

Christus-Kirche. Sonntag, 10: Gd. Rohde. — $11^1/_4$: Kindergd. Rhode. — Montag, 5: Versammlung der Frauenhilfe im Gemeindehaus. — Freitag, 8: Bibelstd. im Gemeindehaus. Rhode. — Am Mittwoch fällt die Versammlung des Jungfrauenvereins aus.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag, 10: Gd. Brummack. — 11½: Kindergd. Ders. — Freitag, 6: Bibelstunde. Brummack.

Kapelle der Diakonissenanstalt. Sonnabend, 8: Wochenschlußgd. Sarowy. — Sonntag, 10: Gottesdst. Sarowy.

Ev. Vereinshaus. Donnerstag, 6: Allg. Bibelstunde. Pfeifer.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 6: Brummack: Reisebilder. 8: Abendand. — Montag, 7—9: Turnen. — Dienstag, 7: Bläserchor. — Mittwoch, 8: Bibelstd. — Donnerstag, 7: Bläserchor. — Sonnabend, 8: Besprechungsabend.

Christl. Verband junger Mädchen. Sonntag, 4: Vers. im Diakonissenhause.